

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 8

Rubrik: Briefe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sowjetische Friedenspolitik verlagert sich wieder auf die gesellschaftliche Ebene

Von Helsinki nach Moskau

Wie sich aus dem internen sowjetischen Verhalten erkennen lässt, hat die Vorbereitungs-konferenz in Helsinki offenbar doch nicht ganz das gehalten, was man sich in Moskau davon versprochen hatte. Deshalb gehen die Sowjets daran, mit einer neuen internationalen Kampagne auf gesellschaftlicher Ebene den westlichen Regierungen durch Druck in den einzelnen Ländern etwas nachzuhelfen. Es würde in der westlichen Öffentlichkeit nun darum gehen, die sowjetisch-behördliche Koordinationszentrale dieser Kräfte einzusehen, welche ganz direkt ein Instrument der sowjetischen Aussenpolitik darstellen. Man tut dergleichen gerne als Ammenmärchen ab. In Wirklichkeit ist die behauptete Unabhängigkeit solcher Bewegungen von der Moskauer Organisation das Ammenmärchen. (Uebrigens: Wer das den westlichen Antikommunisten nicht glauben will, soll es wenigstens den chinesischen Kommunisten glauben, die das gleiche sagen.)

Die sowjetische «Friedenspolitik» hält gleichzeitig zwei Eisen im Feuer. Auf staatlicher Ebene forciert sie seit 1966 die Konferenz für Sicherheit und wirtschaftliche-kulturelle Zusammenarbeit in Europa, auf gesellschaftlicher Ebene mobilisiert sie ihre artigen Freunde, die sogenannten «friedliebenden und fortschrittlichen Kreise der kapitalistischen Länder», die ihrerseits Druck auf ihre eigenen Länder ausüben sollen und es auch sehr erfolgreich tun.

Einsilbigkeit . . .

Liest man sowjetische Zeitungen, so erhält man den Eindruck, der Sowjetführung sei momentan die Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte für einen Frieden ihrer Machart wichtiger als die Vorbereitungskonferenz in Helsinki. Die dritte Runde ist zu Ende gegangen, und noch immer blieb die sowjetische Öffentlichkeit praktisch ohne Information über die Vorgänge in Helsinki. Man hat dieser Veranstaltung keinen einzigen Artikel gewidmet, und selbst die Tass-Meldungen von einigen Zeilen waren Ausnahme. Die «Prawda» bringt jede Woche eine Rubrik unter dem Titel «Die internationale Woche».

Hier waren wenigstens einige Worte über Helsinki zu finden; sie widmeten sich der Bekanntgabe sowjetischer Vorstösse. Der einzige grössere Bericht — etwa 25 bis 30 Zeilen — befasste sich mit dem sowjetischen Vorschlag zur Tagesordnung der Sicherheitskonferenz. Dass auch andere Delegationen (zum Beispiel die rumänische oder die schweizerische) zuweilen eigene Anregungen vorbrachten, brauchte nicht erwähnt zu werden; schliesslich gehört etwas, was mit den sowjetischen Empfehlungen nicht identisch ist, ohnehin nicht zum Thema der europäischen Zusammenarbeit.

In Osteuropa, namentlich in Ungarn und Polen, war die Information zwar immer noch schön schlagseitig, aber doch sowohl umfangreicher als auch weniger exklusiv. Während sich die eigentliche Berichterstattung natürlich auf die Vorstösse sowjetfreundlicher Partner konzentrierte, war den Initiativen von anderer Seite immerhin dann und wann ein zusammenfassender Satz gewidmet. So konnte die Öffentlichkeit auch über die offiziellen Medien erfahren, dass in Helsinki auch sonst noch hie und da etwas gesagt worden ist. Und konnte sich sogar ausrech-

nen, dass die sonst in den volksdemokratischen Medien ausführlich gehandhabte Polemik gegen den Gedanken beispielsweise eines freien Personen-, Informations- und Meinungsaustausches nicht nur im Zusammenhang mit Revanchisten steht, sondern auch im Zusammenhang mit (schüchternen) Anregungen aus Helsinki.

. . . und Wortschwall

So karg einstweilen wenigstens die sowjetische Berichterstattung über Helsinki ausfällt, so ausführlich werden dafür die «gesellschaftlichen Vorstösse» für die europäische Sicherheit behandelt.

Es handelt sich hier um eine Vorbereitungsphase, wie man sie schon früher hatte. Vor rund einem Jahr war in Brüssel eine europäische Konferenz der Friedenskräfte abgehalten worden, wo man mit grosstem Nachdruck die baldige Einberufung der Sicherheitskonferenz verlangte. Alle sowjetischen Zeitungen widmeten sich damals wiederholt und seitenweise dieser von Moskau inspirierten und unterstützten Friedenstagung. Nicht nur die Äusserungen der sowjetischen und osteuropäischen Vertreter, sondern auch die klingenden Worte der Friedenskämpfer aus den kapitalistischen Ländern wurden grossteils im Wortlaut mitgeteilt. Man publizierte die zahlreichen Beschlüsse, Aufrufe und Empfehlungen, man kommentierte sie einzeln und zusammenfassend.

Die zweite Friedensoffensive

Offensichtlich bezieht man jetzt die Ausgangsstellung zu einer «zweiten Offensive für den Frieden».

Das Präsidium des Weltfriedensrates hielt im Oktober 1972 in Santiago (Chile) eine Session ab, an der es einen Weltkongress der friedliebenden Kräfte vorschlug. Es rief die internationalen und nationalen Friedensorganisationen, ebenso verschiedene Parteien und Bewegungen auf, den Kongress im Herbst 1973 in Moskau abzuhalten. Dort ist zur Unterstützung dieser von dort kommenden Idee ein Sowjetkomitee an der Arbeit, das damit beauftragt ist, die Tagung vorzuberei-

Briefe

Ervin György zu «Ost und West» (Nr. 6/1973: «Militärgericht»)

In der Einleitung wurde von der Redaktion ein halber Satz eingefügt, der nicht meinen Intentionen entspricht. «Das ist der Unterschied zwischen Ost und West. . .» heisst es da. Ich möchte das «Militärgericht» — wie übrigens auch alle meine andern Schriften — nicht nur im Gegensatz zweier Himmelsrichtungen verstanden haben. Und das gilt gerade für das «Militärgericht» ganz besonders. Es ist der Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratien, den ich aufweisen möchte. Und Diktatur gab und gibt es nicht nur im Osten. Hitler-Deutschland war auch im Westen, und dort waren die SS-Gefängnisse auch nicht besser als in Bukarest. Und wo ist Griechenland? Im Westen oder im Osten? (Geographisch im Osten — falls Ju-

goslawien, Albanien und Bulgarien auch dort liegen. Und nicht geographisch erst recht, wird doch auch Griechenland — wenigstens annäherungsweise — faschistisch regiert. Anm. cb) Die Militärgerichte sind auch dort nicht humaner. Meine fünf Jahre, die ich in rumänischen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern verbracht habe, haben nur dann einen Sinn gehabt, wenn ich alle Militärgerichte und Militärgefängnisse aller Himmelsrichtungen unabhängig verdammen kann. Mit herzlichen Grüssen Ihr Ervin György.

*

Wir stimmen grundsätzlich mit Ihnen überein, und so stand es auch ausdrücklich in jener Einleitung: «Gefährliche Institutionen entstehen überall, wo Diktatur herrscht, wo die Rechtsstaatlichkeit aufgehoben ist, wo die Willkür um sich greift, wo Einzelne oder Gruppen einen Allgemeingültigkeitsanspruch für ihre Ideologie oder Weltanschauung, für ihren politischen oder andern Glauben durchzusetzen vermögen.»

Tatsächlich hat der Begriff «Ost—West» in politischen Zusammenhängen schon längst symbo-

lischen Charakter angenommen und erweckt kaum mehr geographische Assoziationen. Wir haben denn auch immer vertreten, dass die Scheidung zwischen totalitären und demokratischen Neigungen quer durch alle Völker verläuft, was namentlich durch das Beispiel der Freiheitskämpfer in den kommunistisch geführten Ländern und der gewaltanwendenden Rebellen in den Demokratien unterstrichen wird. Uebrig bleibt der Umstand, dass geschlossene Gesellschaften vor allem im westlichen Osten, offene Gesellschaften vor allem im Westen dieser Gebiete angesiedelt sind. Uebrig bleibt, dass geschlossene Gesellschaften im Westen durchschnittlich nicht annähernd so geschlossen sind wie im Osten. Und in diesem Sinn haben wir vom Unterschied zwischen Ost und West geschrieben und betont: «Wo nur Grautöne vorherrschen, wird der Unterschied zwischen hellerem und dunklerem Grau wesentlich und entscheidend.» Wer würde nicht lieber in Griechenland, Spanien oder Südafrika für die Öffnung der Gesellschaft kämpfen als in der Sowjetunion? Mit weniger Gefahren für sich selbst und mit mehr Aussicht auf Erfolg.

P. S.